

Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel



Europabericht 13/2008  
vom 11.07.2008

**EUROPABERICHT NR.: 13/2008**

Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Geschäftsbereich      Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

**FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: POLITISCHE SCHWERPUNKTE**

Frankreich hat am 01.07.2008 von Slowenien die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union bis Ende 2008 übernommen. Das Arbeitsprogramm, das Frankreichs Präsident *Nicolas Sarkozy* am 10.07.2008 im Europäischen Parlament in Strassburg vorstellte, steht unter dem Motto „Ein Europa, das handelt, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden“. Dieses ist eingebettet in das Programm der sog. Trio-Ratspräsidentschaft der nächsten 18 Monate von Frankreich, Tschechien und Schweden. Die Prioritäten der Französischen Ratspräsidentschaft (FRP) sind die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses und die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen nach dem „No-Referendum“ in Irland auf dem Europäischen Rat am 15./16.10.2008, die Energie -und Klimapolitik, ein Europäisches Einwanderungs- und Asylpakt, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sowie der „Health-Check“ in der Agrarpolitik und die Förderung der sozialen Dimension in der EU. Weitere Schwerpunkte sind der Kampf gegen die hohen Lebensmittel- sowie Erdöl -und Erdgaspreise. Ein besonderes Anliegen ist für Präsident *Nicolas Sarkozy* die Union für den Mittelmeerraum, die auf dem EU-Mittelmeergipfel am 13.07.2008 aus der Taufe gehoben werden soll (s. zu den einzelnen Themen auch die Beiträge der Ressorts).

[http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/presidence\\_du\\_conseil/presidence\\_francaise](http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/presidence_du_conseil/presidence_francaise)

[http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Trio\\_FR.pdf](http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Trio_FR.pdf)

**FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: TERMINE FÜR RÄTE UND GIPFELTREFFEN MIT DRITTSTAATEN**

Die wichtigsten Termine sind die Europäischen Räte am 15./16. Oktober 2008, auf denen über das weitere Vorgehen nach dem irischen Referendum beraten werden soll, der Europäische Rat am 11./12. Dezember 2008 sowie der EU-Mittelmeergipfel am 13. Juli 2008 in Paris.

[http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Calendrier\\_Officiel\\_Previsionnel\\_DE.pdf](http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Calendrier_Officiel_Previsionnel_DE.pdf)

## **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 07.-10.07. 2008 IN STRAßBURG**

Präsident *Nicolas Sarkozy* stellte im Plenum das Arbeitsprogramm der Französischen Ratspräsidentschaft vor. In einer Resolution zur Erweiterungsstrategie forderte das EP, die Integrationsfähigkeit bei zukünftigen Beitritten „umfassend zu berücksichtigen“. Im Hinblick auf Afghanistan soll die EU eine stärkere Rolle spielen. Die Wahlen in Simbabwe wurden als „nicht rechtmäßig“ verurteilt. Der Präsident des EP, *Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering*, gab bekannt, dass er angesichts der bisher ergebnislosen Gespräche zur Tibetfrage nicht an der Eröffnungsfeier der olympischen Spiele in China teilnehmen wird. Weiter sprachen sich die Abgeordneten für eine Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten Ostseepipeline zwischen Russland und Deutschland aus. Das EP beschloss zudem eine Neuregelung für die Gründung von Fraktionen. Im gesetzgeberischen Bereich stimmte das EP nach vorheriger Einigung mit dem Rat in 2. Lesung der Einbeziehung des Luftverkehrs in das EU Emissionshandelssystem und mehr Preistransparenz bei Flugtickets zur Vermeidung von falschen Lockangeboten sowie einer neuen EU Gesetzgebung für Lebensmittelzusatzstoffe zu. In 1. Lesung befürwortete das EP im Gegensatz zum Elektrizitätsbinnenmarkt den sog. Dritten Weg bei der eigentumsrechtlichen Entflechtung im Rahmen der Reform des EU-Erdgasmarktes. In einem Initiativbericht wurden innovative Energietechnologien für mehr Effizienz verlangt. Im Rahmen des Haushaltsverfahrens für 2009 sprach sich das EP für einen „ehrgeizigeren und ausgewogeneren“ Haushalt aus (s. zu den einzelnen Themen auch die Beiträge der Ressorts).

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous\\_les\\_infopress/default/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_infopress/default/default_de.htm)

## **EU-RUSSLAND-GIPFEL GIBT STARTSCHUSS FÜR DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DAS NEUE PARTNERSCHAFTSABKOMMEN.**

Auf dem EU-Russlandgipfel am 27.06.2008 wurde beschlossen, die Verhandlungen für das neue Partnerschaftsabkommen, das das Abkommen von 1997 ersetzen soll, zu eröffnen. Die ersten Verhandlungen haben am 04.07.2008 in Brüssel stattgefunden.

Geschäftsbereich      Staatsministerium des Inneren

## **FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMI**

Im Mittelpunkt steht die geplante Annahme eines Europäischen Einwanderungs- und Asylpakts beim Europäischen Rat am 15.10.2008. Außerdem soll eine Einigung über die Richtlinie zum Zugang Hochqualifizierter (Blue Card) erzielt werden.

## **EU-INNENMINISTER STIMMEN VORSCHLAG FRANKREICHS FÜR EU-EINWANDERUNGS- UND ASYLPAKT ZU**

Der französische Ratsvorsitz hat beim Informellen Rat Justiz und Inneres einen Europäischen Einwanderungs- und Asylpakt vorgeschlagen, der am 15.10.2008 vom Europäischen Rat angenommen werden soll. Der Vorschlag wurde von den Innenministern positiv aufgenommen. Er sieht „5 grundlegende politische Verpflichtungen“ vor: Gestaltung der legalen Einwanderung, Bekämpfung der illegalen Einwanderung, besserer Außengrenzschutz, Aufbau einer europäischen Asylgemeinschaft sowie Partnerschaft mit Herkunfts- und Transitländern.

## **HOCHRANGIGE GRUPPE ZUR ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN INNENPOLITIK STELLT ABSCHLUSSBERICHT VOR**

Die unter deutscher Präsidentschaft 2007 eingesetzte Gruppe hat beim Informellen Rat Justiz und Inneres ihren Schlussbericht vorgestellt. Ziel war, vor dem 2009 anstehenden Vorschlag der Kommission für ein neues 5-Jahresprogramm nach Ablauf des Haager Programms Vorstellungen des Rats zu formulieren und eine Debatte einzuleiten.

## **INFORMELLER JI-RAT: WEITERE INNENPOLITISCHE ERGEBNISSE**

Frankreich hatte für die Tagung in Cannes Debatten der Innenminister zur künftigen Sicherheitsstruktur der EU und zum Katastrophenschutz angekündigt. Darüber wurden aber nur am Rande diskutiert. Innenministerin *Alliot-Marie* stellte französische Initiativen zur Stärkung der konkreten grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit vor, z.B. „Europäische Polizeidienststellen“, die an Tourismusschwerpunkten durch Verstärkung mit Beamten aus Hauptherkunftsländern der Touristen entstehen sollen.

## **FÖRMLICHE ANNAHME WEITERER MAßNAHMEN OHNE DEBATTE**

- Verordnung über das Visa-Informationssystem (VIS) und Beschluss über den Zugang der Sicherheitsbehörden zum VIS
- Beschluss zur Überführung des Vertrags von Prüm ins EU-Recht und Beschluss mit Durchführungsregeln zum Prüm-Beschluss
- Beschluss zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Spezialeinheiten der Mitgliedstaaten für Krisenfälle
- Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen, nach der ab 2011 alle 10 Jahre Bevölkerungs- und Wohnungsdaten in der EU erfasst werden

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz

### **FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMJ**

Im Bereich der Justiz- und Rechtspolitik sind aus dem Programm der französischen Ratspräsidentschaft die folgenden Schwerpunkte hervorzuheben:

1. Gesellschaftsrecht
2. Verbraucherschutz
3. Patentrecht
4. Strafrecht; Strafvollzug
5. Zivilrecht
6. Richterausbildung

[http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/presidence\\_du\\_conseil/presidence\\_francaise](http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/presidence_du_conseil/presidence_francaise)

### **INFORMELLER JI-RAT AM 7./8.7.2008 IN CANNES**

Der informelle Rat Inneres und Justiz behandelte am 7./8.7.2008 folgende Themen aus dem Bereich der Justiz- und Rechtspolitik:

1. Richterausbildung
2. Maßnahmen zu Gunsten von betreuungsbedürftigen Erwachsenen und Kindern

### **KOMMISSION VERABSCHIEDET DRITTEN JAHRESBERICHT ÜBER FORTSCHRITTE IM BEREICH JUSTIZ, FREIHEIT UND SICHERHEIT**

Der Fortschrittsbericht für das Jahr 2007 der Kommission vom 2.7.2008 kommt zu dem Schluss, dass in den Bereichen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen („dritte Säule“) Verzögerungen aufgetreten sind.

[http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/intro/news\\_intro\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/news_intro_en.htm)

[http://www.ec.europa.eu/commission\\_barroso/barrot/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/commission_barroso/barrot/index_en.htm)

### **EU-BÜRGER FÜR MEHR ENTSCHEIDUNGEN AUF EU-EBENE**

In einer aktuellen Eurobarometer-Studie sprechen sich EU-Bürger für vermehrte Entscheidungsfindungen im Bereich der Rechts- und Innenpolitik auf EU-Ebene aus.

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

### **EGMR: KEINE VERLETZUNG DER EMRK IM FALL GÄFGEN**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EGMR) hat am 30.6.2008 die Beschwerde von Magnus Gäfgen gegen die Bundesrepublik Deutschland mit 6:1 Stimmen abgewiesen.

### **EUGH: ZUGANG ZU RECHTSGUTACHTEN DER GEMEINSCHAFTSORGANE**

Der EuGH hat in den verbundenen Rechtssachen C-39/05 und C-52/05 entschieden, dass die Verordnung Nr. 1049/2001 grundsätzlich eine Verpflichtung zur Verbreitung der Stellungnahmen des Juristischen Dienstes des Rates zu Gesetzgebungsverfahren aufstellt.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMF**

Aus dem Geschäftsbereich des StMF wird sich die Ratspräsidentschaft insbesondere mit dem Anstieg der Ölpreise und der Mitteilung der Kommission zur WWU@10 befassen sowie sich um Fortschritte bei den Initiativen im Steuerbereich, z. B. bei der Erarbeitung der Richtlinie zur Mehrwertsteuer auf Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und die Überarbeitung der geltenden Bestimmungen für die Energiebesteuerung bemühen und den Fahrplan zur finanziellen Stabilität fortführen.

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 7. JULI 2008**

Der Ecofin-Rat vom 7. Juli 2008 verabschiedete die Rechtsakte zur Euroeinführung in der Slowakei, leitete ein Defizitverfahren gegen Großbritannien ein, diskutierte über den Ölpreisanstieg und nahm Schlussfolgerungen zur Finanzstabilität sowie zu den internationalen Rechnungslegungsstandards an.

[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_applications/Applications/newsRoom/related.asp?BID=93&GRP=13773&LANG=1&cmsId=339](http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/Applications/newsRoom/related.asp?BID=93&GRP=13773&LANG=1&cmsId=339)

### **ABGABENQUOTE IN DER EU IM JAHR 2006**

Wie aus einer Veröffentlichung „Steuertrends in der EU: Daten für die EU-Mitgliedstaaten und Norwegen“, die von der Kommission und des Statistischen Amtes der Europäischen

Gemeinschaften EUROSTAT herausgegeben wurde, hervorgeht, erhöhte sich die Gesamtabgabenquote (d. h. das Aufkommen an Steuern und Sozialabgaben) insgesamt in der EU-27 auf 39,9 % des BIP gegenüber 39,3 % 2005.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/taxation/gen\\_info/economic\\_analysis/tax\\_structures/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/gen_info/economic_analysis/tax_structures/index_en.htm)

### **MEHRWERTSTEUER: ERWEITERUNG DER LISTE DER GÜTER UND DIENSTLEISTUNGEN, DIE ERMÄßIGT BESTEUERT WERDEN KÖNNEN**

Die Kommission hat am 7. Juli 2008 eine Richtlinie zur Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie 2006/112/EG in Bezug auf ermäßigte Mehrwertsteuersätze vorgeschlagen. Sie will damit den Mitgliedstaaten die Flexibilität und die Option (nicht die Verpflichtung) einräumen, bestimmte Dienstleistungen, bei denen nach ihrer Ansicht das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes durch ermäßigte Sätze nicht beeinträchtigt wird, auf Dauer ermäßigt zu besteuern. Betroffen sind in erster Linie arbeitsintensive Dienstleistungen und lokal erbrachte Dienstleistungen.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/index_de.htm)

### **EU-HAUSHALT 2007 – FINANZBERICHT**

Wie aus dem am 27. Juni 2008 vorgelegten EU-Finanzbericht 2007 hervorgeht, beliefen sich 2007 die EU-Ausgaben auf knapp 114 Mrd. €, von denen ca. 105 Mrd. € oder 92,4 % den Mitgliedstaaten und 5,14 Mrd. € Drittländern zugerechnet wurden.

Auf die vier größten Mitgliedstaaten entfielen fast 50 % der Ausgaben: Frankreich verteidigte mit 13,9 Mrd. € seine Spitzenstellung, gefolgt von Spanien mit 12,8 Mrd. €, Deutschland mit 12,5 Mrd. € und Italien mit 11,3 Mrd. €.

In absoluten Zahlen war Deutschland auch 2007 der größte Nettozahler mit einem Nettobeitrag von 7,42 Mrd. € (ca. 900 Mio. € mehr als 2006), vor Großbritannien mit ca. 4,2 Mrd. €, Frankreich mit 3 Mrd. €, den Niederlanden mit knapp 2,9 Mrd. € und Italien mit 2 Mrd. €.

[HTTP://EC.EUROPA.EU/BUDGET/LIBRARY/PUBLICATIONS/FIN\\_REPORTS/FIN\\_REPORT\\_07\\_DE.PDF](HTTP://EC.EUROPA.EU/BUDGET/LIBRARY/PUBLICATIONS/FIN_REPORTS/FIN_REPORT_07_DE.PDF)

**FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT**

Schwerpunkt im Bereich des StMWIVT wird die Energie- und Klimapolitik sein. Hier möchte die französische Ratspräsidentschaft die von der Kommission vorgelegten Vorschläge möglichst zum Abschluss bringen.

In der Verkehrspolitik stehen nachhaltiger Verkehr und Verkehrssicherheit oben auf der Agenda. Auch der Bereich der Raumfahrtspolitik (insbesondere GALILEO und GMES) soll weiter entwickelt werden.

Die europäische Wettbewerbsfähigkeit soll insbesondere durch die Behandlung des sog. Small-Business-Act sowie der Vorschläge zu einer nachhaltigen Industriepolitik gefördert werden.

<http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/de/accueil>

**„GREENING TRANSPORT PACKAGE“ MIT NOVELLE DER WEGEKOSTEN-RICHTLINIE VORGELEGT**

Die Europäische Kommission hat am 08.07.2008 das lange angekündigte Paket für eine nachhaltige Verkehrspolitik vorgelegt. Das Paket enthält neben der Novellierung der Wegekosten-Richtlinie (Richtlinie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge – Eurovignette) eine Mitteilung zur Internalisierung externer Kosten für alle Verkehrsträger und eine Mitteilung zur Verringerung der Lärmbelästigung durch den Schienengüterverkehr. Es beinhaltet darüber hinaus eine Bestandsaufnahme der bereits vorhandenen EU-Maßnahmen zur umweltfreundlichen Gestaltung des Verkehrs sowie eine Mitteilung zum Inhalt des Pakets und den bis 2009 geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Nachhaltigkeit des Verkehrs im Allgemeinen.

[http://ec.europa.eu/transport/greening/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/greening/index_en.htm)

**INFORMELLER MINISTERRAT BERÄT ZUM VORSCHLAG ERNEUERBARE ENERGIEN-RICHTLINIE UND ZUR ENERGIEEFFIZIENZ**

Der informelle Energieministerrat wurde am 04. und 05.07.2008 in Paris hat den von Deutschland gemeinsam mit Großbritannien und Polen am 05.06. vorgelegten Vorschlag für einen alternativen Flexibilitätsmechanismus einhellig als gute Grundlage für die weiteren Arbeiten unter französischer Ratspräsidentschaft begrüßt. In Bezug auf die Energieeffizienz waren sich die Teilnehmer einig, dass diese ein zentrales Feld der Energiepolitik zur Sicherung der Energieversorgung und zum Klimaschutz ist.

## **EUROPÄISCHES PARLAMENT LÄSST IM GASBEREICH ZWEITE ALTERNATIVE ZUR ENTFLECHTUNG ZU**

Das Europäische Parlament hat am 09.07.2008 über die Reform des EU-Erdgasmarktes abgestimmt. Ziel ist die Schaffung eines wettbewerbsorientierten, sicheren und ökologisch nachhaltigen Erdgasbinnenmarktes. Das Europäische Parlament spricht sich dafür aus, die Mitgliedstaaten zwischen zwei Möglichkeiten der Übertragungsnetzentflechtung wählen zu lassen. Einer vollständigen eigentumsrechtlichen Entflechtung (wie von der Kommission präferiert) oder einem unabhängigen Übertragungsnetzbetreiber (ITO).

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/051-33700-189-07-28-909-20080708IPR33699-07-07-2008-2008-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-33700-189-07-28-909-20080708IPR33699-07-07-2008-2008-false/default_de.htm)

## **KOMMISSION ERLÄSST NEUE ALLGEMEINE GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNG (AGVO)**

Die Europäische Kommission hat am 07.07.2008 eine allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung erlassen, mit der eine ganze Reihe von Beihilfemaßnahmen automatisch genehmigt wird, so dass die Mitgliedstaaten die betreffenden Beihilfen nicht mehr vorab einzeln bei der Kommission anmelden müssen. Die Verordnung gilt u. a. für KMU-Beihilfen, Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsbeihilfen, Ausbildungs- und Beschäftigungsbeihilfen, Risikokapitalbeihilfen, Umweltschutzbeihilfen, Beihilfen zur Förderung des Unternehmertums wie Beihilfen für junge, innovative Unternehmen, Beihilfen für neugegründete kleine Unternehmen in Fördergebieten und Beihilfen zur Bewältigung von Problemen, mit denen insbesondere Unternehmerinnen zu kämpfen haben (wie Zugang zu Kapital). In der neuen AGVO sind Bestimmungen von bislang in fünf Verordnungen geregelten Sachverhalten zusammengefasst und harmonisiert worden. Zudem werden mit der AGVO zusätzliche Kategorien von Beihilfen freigestellt.

[http://ec.europa.eu/comm/competition/state\\_aid/reform/reform.cfm](http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/reform/reform.cfm)

## **KOMMISSION FÜHRT VERGLEICHsverfahren IN KARTELLFÄLLEN EIN**

Die Europäische Kommission hat am 30.06.2008 ein Vergleichsverfahren in Kartellfällen eingeführt, durch das Kartellsachen in einem vereinfachten Verfahren behandelt werden können. Im Rahmen dieses Verfahren haben die Parteien nach Einsichtnahme in die Kommissionsakten die Möglichkeit, die Beteiligung an einem Kartell einzuräumen und dafür eine Reduzierung des drohenden Bußgelds um 10 % erreichen zu können.

<http://ec.europa.eu/comm/competition/cartels/legislation/settlements.html>

### **KOMMISSION VERABSCHIEDET BERICHT ÜBER DIE WETTBEWERBSPOLITIK 2007**

Die Europäische Kommission hat am 01.07.2008 ihren Jahresbericht 2007 über die Wettbewerbspolitik verabschiedet. Dieser unterrichtet über die wichtigsten Änderungen an Wettbewerbsregeln und -politik sowie maßgebliche Durchsetzungsmaßnahmen.

[http://ec.europa.eu/comm/competition/annual\\_reports/2007/de.pdf](http://ec.europa.eu/comm/competition/annual_reports/2007/de.pdf)

[http://ec.europa.eu/comm/competition/annual\\_reports/2007/part2\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/comm/competition/annual_reports/2007/part2_de.pdf)

### **MITGLIEDSTAATEN BILLIGEN KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR SENKUNG DES STROMVERBRAUCHS IN STAND-BY-BETRIEB**

Die EU-Mitgliedstaaten billigten auf der Sitzung des Ökodesign-Regulierungsausschusses am 07.07.2008 den Kommissionsvorschlag für eine Verordnung zur Senkung des Energieverbrauchs von Haushalts- und Bürogeräten im Stand-by-Betrieb. In der Verordnung werden Energieeffizienzanforderungen für alle in Europa verkauften Produkte festgelegt, wodurch der Stromverbrauch im Stand-by-Betrieb in der EU bis 2020 um fast 75 % gesenkt werden soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1117&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET BERICHT ZUM „GRÜNBUCH STÄDTISCHER VERKEHR“**

Das Europäische Parlament hat am 09.07.2008 den Bericht von *Reinhard Rack* (EVP-ED/AT) mit dem Titel „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ verabschiedet. Darin wird die Erarbeitung eines integrierten europäischen Gesamtkonzepts zur städtischen Mobilität, das als gemeinsamer Bezugsrahmen für europäische, nationale, regionale und lokale Akteure (Kommunen, Bürger, Wirtschaft und Industrie) dienen soll, gefordert. Wichtig sei es, integrierte und umfassende Pläne für nachhaltige Mobilität in der Stadt zu erstellen, wobei der Schwerpunkt auf langfristiger Stadt- und Raumplanung liegen solle. In Bezug auf Straßenbenutzungsgebühren wird gefordert, den Austausch bewährter Praktiken zu fördern.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/062-33696-189-07-28-910-20080708IPR33695-07-07-2008-2008-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-33696-189-07-28-910-20080708IPR33695-07-07-2008-2008-false/default_de.htm)

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT ÜBERPRÜFUNG DES SOG. NORDSTREAM-PROJEKTS**

Das Europäische Parlament hat am 08.07.2008 den Bericht von *Marcin Lebicki* (UEN/PL) über die Umweltauswirkungen des Nordstream-Projekts mit 542 Ja-Stimmen, 60 Nein-Stimmen und 38

Enthaltungen angenommen. Darin fordert das Parlament eine strenge Umweltverträglichkeitsprüfung und auch die Berücksichtigung von Alternativen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/021-33607-189-07-28-902-20080707IPR33591-07-07-2008-2008-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/021-33607-189-07-28-902-20080707IPR33591-07-07-2008-2008-false/default_de.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

#### **FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMLF**

Die französische Ratspräsidentschaft definiert in ihrem Arbeitsprogramm die vier Hauptaufgaben: Energie und Klima, Fragen der Migration, Landwirtschaft sowie Sicherheit und Verteidigung. Im Mittelpunkt der Agrarpolitik steht der Health Check, für den eine Einigung am 17./18.11.2008 im Agrarrat angestrebt wird. Parallel möchte die französische Ratspräsidentschaft bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine Debatte über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 initiieren.

<http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/de/accueil>

#### **MITGLIEDSTAATEN SIND FÜR ABSCHAFFUNG DER FLÄCHENSTILLEGUNG**

Die Kommission veröffentlichte in einer Pressemitteilung den Beschluss des Sonderausschusses für Landwirtschaft (SAL) zum Vorschlag der Kommission, im Rahmen des Health Checks die obligatorische Flächenstilllegung abzuschaffen. In der Sitzung am 30. Juni 2008, sprach sich die deutliche Mehrheit der Mitgliedstaaten für die Abschaffung der obligatorischen Flächenstilllegung im Rahmen des Health Checks aus. Mit der Veröffentlichung beabsichtigt die Kommission den Landwirten ein Signal zu geben, damit sich diese für die kommende Aussaat auf die geänderte Situation einstellen können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1069&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR SCHULOBSTPROGRAMM VOR**

Die Europäische Kommission hat am 8. Juli 2008 einen Vorschlag für ein „Programm zur kostenlosen Abgabe von Obst und Gemüse an Schulkinder“ vorgelegt. Für das Programm, das ab dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt werden soll, stellt die Kommission 90 Mio. € zur Verfügung. Die Kommission möchte den Anteil von Obst und Gemüse auf dem Speiseplan von Schulkindern erhöhen, damit gesunde Essgewohnheiten bis ins Erwachsenenalter beibehalten

werden. Nach Schätzungen der Kommission sind 22 Millionen Kinder in der EU übergewichtig und man geht davon aus, dass die Zahl der fettleibigen Kinder pro Jahr um 400 000 zunehmen wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1116&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **MITGLIEDSTAATEN MÜSSEN 410,3 MIO. EUR GAP-GELDER ZURÜCK BEZAHLEN**

Aufgrund unzureichender Kontrollverfahren bzw. der Nichteinhaltung von EU-Vorschriften zu den Agrarausgaben, fordert die Kommission von den Mitgliedstaaten insgesamt 410,3 Mio. EUR Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zurück. Deutschland muss 2,9 Mio. EUR zurück bezahlen. Die höchste Rückzahlung muss Italien mit 145,2 Mio. EUR leisten, gefolgt von Spanien (127,7 Mio. EUR) und dem Vereinigten Königreich (69,4 Mio. EUR).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1123&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KONFERENZ ZUR ZUKUNFT DER WELTWEITEN NAHRUNGSMITTELVERSORGUNG**

Die erste Agrar-Konferenz unter französischer Ratspräsidentschaft fand am 3. Juli 2008 in Brüssel unter dem Thema „Who will feed the world“ statt. Einigkeit zeigten die Konferenzteilnehmer über die angespannte Situation der Versorgung, die v.a. die Entwicklungsländer betreffe, und die mehrschichtige Gründe habe. Die Redner sprachen sich für verstärkte Investitionen in die Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft und die Agrarforschung aus. Der Anteil für die Landwirtschaft ist in der Entwicklungshilfe von 1980 bis 2006 von 17 % auf 3 % gesunken. Über konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise gingen die Meinungen jedoch auseinander.

[http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/0703\\_Conference\\_defi\\_alimentaire/080610-Conf3-Programme-Francais.pdf](http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/0703_Conference_defi_alimentaire/080610-Conf3-Programme-Francais.pdf)

### **AGRARAUSGABEN DER EU AN ZWEITER STELLE DER GESAMTAUSGABEN IN 2007**

Aus dem von der EU Kommission vorgestellten Finanzbericht 2007 geht hervor, dass der Etat für die Landwirtschaft in Form von Direktzahlungen und marktbezogenen Ausgaben 2007 mit rd. 43 Mrd. € - das sind 37,4 % der Gesamtausgaben - auf dem zweiten Platz rangiert. Der Hauptanteil (38,4 %) der EU - Gelder entfällt auf die Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung (44 Mrd. €). Von den insgesamt 114 Mrd. € der EU wurden 10,5 % (12 Mrd. €) für die Entwicklung des ländlichen Raums, die Fischerei und die Umwelt verwendet. Aufgeschlüsselt

nach den Agrarausgaben der Mitgliedstaaten erhält Frankreich mit 10 Mrd. € (20 %) am meisten der Mittel, gefolgt von Spanien (7 Mrd. €; knapp 13 %), Deutschland (7 Mrd. €; 12,8 %), Italien (6 Mrd. €; 11 %) und dem Vereinigten Königreich (4,2 Mrd. €; rd. 8 %). Von den neuen Mitgliedstaaten erhielt Polen mit 3,1 Mrd. €, die meisten EU-Gelder. (siehe Beitrag des StMF in diesem EB)

[http://ec.europa.eu/budget/library/publications/fin\\_reports/fin\\_report\\_07\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/budget/library/publications/fin_reports/fin_report_07_de.pdf)

### **HANDEL ZWISCHEN DER EU UND ÄGYPTEN LIBERALISIERT**

In den Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Arabischen Republik Ägypten über die Liberalisierung des Handels bei Agrar- und Fischereiprodukten wurden weitreichende Reformen der bisher geltenden Regelungen erzielt. Ca. 90 % der Agrar- und Fischereierzeugnisse aus der EU erhalten freien und direkten Zugang zum ägyptischen Markt, mit Ausnahme von Tabak, Wein, Spirituosen und Schweinefleisch, für die die bisherigen Regelungen weiter gelten. Parallel dazu sieht das Abkommen vor, den EU-Markt für fast alle ägyptischen Importe zu liberalisieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1104&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

Frankreich, das Slowenien am 1. Juli 2008 turnusgemäß an der Spitze des Europäischen Rates abgelöst hat, stellte v.a. die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für den beim Referendum in Irland gescheiterten „Vertrag von Lissabon“, einen Europäischen Pakt über Immigration und Asyl sowie Fragen der Energie- und Klimapolitik in den Mittelpunkt seiner Präsidentschaft. Im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik sollen insbesondere die Verhandlungen über den von der Kommission vorgestellten Vorschlag für eine neue Richtlinie zur Antidiskriminierung vorangebracht werden (s. TOP III). Zudem werden eine Einigung über die Richtlinien zur Arbeitszeit

gestaltung und Leiharbeit (s. EB 11/2008), die Überprüfung der erneuerten Sozialagenda (s. TOP II) sowie die Umsetzung des „Flexicurity“-Konzepts angestrebt.

[http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/programme\\_DE.pdf](http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/programme_DE.pdf)

## **SOZIALAGENDA: EU-KOMMISSION VERABSCHIEDET UMFASSENDES PAKET AN LEGISLATIVEN MASSNAHMEN UND MITTEILUNGEN**

Die Europäische Kommission hat am 2. Juli 2008 die so genannte „Sozialagenda“ verabschiedet, ein aus insgesamt knapp 20 Einzelmaßnahmen bestehendes Paket von Rechtsvorschriften, Mitteilungen und Arbeitsdokumenten ihrer Dienststellen. Die wichtigsten legislativen Vorschläge sehen zwei neue EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung außerhalb von Beschäftigung und Beruf (s. TOP III) sowie zu Patientenrechten in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (s. TOP IV) vor. Zudem legte die Kommission einen Entwurf zur Revision der Richtlinie über europäische Betriebsräte (s. TOP V) vor. Weitere Elemente des Pakets bilden u.a. Mitteilungen zur erneuerten Sozialagenda „Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität im Europa des 21. Jahrhunderts“ und zur Vertiefung der Offenen Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=547&langId=de>

## **ANTIDISKRIMINIERUNG: RICHTLINIENENTWURF SIEHT HORIZONTALEN ANSATZ VOR – EINSTIMMIGKEITSERFORDERNIS IM RAT**

Als Teil des „Sozialpakets“ hat die EU-Kommission ihren umstrittenen Richtlinienentwurf zur Gleichbehandlung außerhalb von Beschäftigung und Beruf vorgestellt. Nachdem monatelang unterschiedliche Ansätze diskutiert worden waren, präsentierte die Kommission wie zuletzt angekündigt einen so genannten horizontalen Entwurf, der den bestehenden Diskriminierungsschutz bezogen auf die Gründe Behinderung, Alter, Religion oder Weltanschauung sowie sexuelle Orientierung über den Arbeitsmarkt hinaus in das Zivilrecht ausdehnen soll. Eine entsprechende Richtlinie auf der Grundlage von Artikel 13 des EG-Vertrags würde ein einstimmiges Votum im Rat erfordern. Flankiert wird die Richtlinie von einer Folgenabschätzung, einer Mitteilung zur Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit sowie einem Arbeitsdokument zur Eingliederung der Roma.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=553&langId=de>

## **PATIENTENRECHTE: REGELUNGEN FÜR KOSTENERSTATTUNG BEI GESUNDHEITSDIENSTLEISTUNGEN IM EU-AUSLAND**

Mit ihrem ebenfalls am 2. Juli 2008 vorgestellten Richtlinienentwurf zur Patientenmobilität will die Kommission einen allgemeinen Rahmen schaffen für eine sichere, hochwertige und effiziente grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung in der Gemeinschaft. Im Mittelpunkt des Rechtsetzungsvorschlags „über die Ausübung von Patientenrechten in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung“, für den Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou verantwortlich

zeichnet, steht die Kodifizierung der bestehenden Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Danach haben Patienten Anspruch auf Gesundheitsdienstleistungen im Ausland in Höhe der Kostenerstattung, wie dies bei einer Behandlung in ihrem eigenen Land der Fall wäre.

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_overview/co\\_operation/healthcare/cross-border\\_healthcare\\_de.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_overview/co_operation/healthcare/cross-border_healthcare_de.htm)

### **EUROPÄISCHE BETRIEBSRÄTE: VORSCHLAG ZUR REVISION DER BESTEHENDEN RICHTLINIE – SCHWELLENWERTE AUSGEKLAMMERT**

Als weiteres legislatives Element des „Sozialpakets“ hat die Europäische Kommission am 2. Juli 2008 einen Vorschlag zur Revision der Richtlinie 94/45/EG „über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der

Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen“ vorgestellt. Nachdem im Frühjahr 2008 die Verhandlungen der Sozialpartner gescheitert waren (s. EB 8/2008), war es nun an der Kommission, einen Vorschlag für die Gesetzesnovelle auszuarbeiten. Der Entwurf soll die Europäischen Betriebsräte aufwerten und den Arbeitnehmern effektivere länderübergreifende Unterrichts- und Anhörungsrechte einräumen. Schwellenwerte, ab wann Unternehmen in den Geltungsbereich der Richtlinie einbezogen sind, wurden nicht modifiziert.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=549&langId=de>

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBE- REICH DES STMUK**

Der französische Ratsvorsitz wird im Bildungsbereich innerhalb einer gemeinsamen Zielsetzung „Chancengleichheit, Qualität und Öffnung“ der neuen Teampräsidentschaft Frankreich/Tschechische Republik/Schweden ein Hauptaugenmerk der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung (ECVET, Qualitätssicherung) widmen und darüber hinaus Beiträge zur Förderung von Mobilität, Kreativität und Innovation sowie Mehrsprachigkeit liefern. Die Ziele im Jugend- und Sportbereich umfassen eine weitere schrittweise Implementierung der jeweiligen Aktionspläne (Europäischer Pakt für die Jugend, Aktionsplan Pierre de Coubertin).

## **BILDUNG: KOMMISSION LEGT DOKUMENTE ZUR SCHULISCHEN BILDUNG IN EUROPA VOR**

Die Europäische Kommission beabsichtigt durch die Vorlage einer ihrer Mitteilung „Bessere Kompetenzen für das 21. Jahrhundert: eine Agenda für die europäische Zusammenarbeit im Schulwesen“ [KOM (2008) 425] sowie des Grünbuchs „Migration und Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme“ [KOM (2008) 423] die Verstärkung der EU-Bildungskoooperation im schulischen Bereich.

## **JUGEND: KOMMISSION VERÖFFENTLICHT EMPFEHLUNGSENTWURF ZUR MOBILITÄT VON JUNGEN FREIWILLIGEN IN EUROPA**

Die Europäische Kommission hat den Entwurf für eine Empfehlung des Rates zur Mobilität junger Freiwilliger in Europa [KOM (2008) 424] vorgelegt und sich darin für eine Abstimmung der Rahmenbedingungen für die Tätigkeit junger Freiwilliger (18 bis 30 Jahre) in den EU-Mitgliedstaaten ausgesprochen.

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

## **FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STAATSMINISTERIUMS FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST (STMWFK)**

Prioritäten sind die Verstärkung der Mobilität von Studierenden, Lehrenden, Forschern - u.a. durch die Erstellung einer Rangliste der europäischen Hochschuleinrichtungen - und die Beschleunigung des Aufbaus des Europäischen Forschungsraums. Ferner soll in die Raumfahrtforschung investiert werden. Im Zentrum der Kulturpolitik steht das Kulturerbe, welches durch die Einführung eines Kulturlabels und eines Prototyps für die digitale Bibliothek gefördert werden soll.

<http://www.ue2008.fr/>

## **DER EUROPÄISCHE BÜRGERBEAUFTRAGTE MAHNT VERSPÄTETE ZAHLUNGEN DER KOMMISSION AN**

Der europäische Ombudsmann P. Nikiforos Diamandouros ermahnte die Kommission zur pünktlichen Zahlung ihrer eingegangenen Verpflichtungen. 2007 kam es bei 20 % der Zahlungen zu Verspätungen von durchschnittlich 48 Tagen, hierunter litten insbesondere kleinere Unternehmen, Universitäten und Verbände.

<http://www.ombudsman.europa.eu>

### **ÜBER 2000 ANTRÄGE FÜR ZUSCHÜSSE (ADVANCED GRANTS) BEIM EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAT**

Für den ersten Call zu den „Advanced Grants“ sind beim Europäischen Forschungsrat 2167 Antragsstellungen, hauptsächlich aus dem Bereich Physik und Ingenieurwissenschaften, eingegangen. Das Durchschnittsalter der Antragsteller betrug 52, der Anteil der weiblichen Bewerber nur 14 %.

<http://erc.europa.eu/>

### **ZUSÄTZLICHE EU-FÖRDERMITTEL FÜR DIE FOSCHUNG UND INNOVATION IM HINBLICK AUF EUROPAS SENIOREN**

Die Europäische Kommission fördert mit 600 Mio. EUR die Entwicklung digitaler Technologien, welche die längere Selbständigkeit der Senioren ermöglichen sollen.

<http://ec.europa.eu/einclusion>

### **FÖRDERUNG VON KINDERUNIVERSITÄTEN DURCH DAS 7. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMMS (FRP)**

Die Kommission beabsichtigt, mit 550.000 EUR aus dem Budget für das 7. FRP das Europäische Netzwerk von Kinderuniversitäten EUCUNET – European Children's University Network – zu fördern.

[http://cordis.europa.eu/fetch?CALLER=FP7\\_NEWS&ACTION=D&DOC=6&CAT=NEWS&QUERY=011b0c446c11:6206:164e61a7&RCN=29624](http://cordis.europa.eu/fetch?CALLER=FP7_NEWS&ACTION=D&DOC=6&CAT=NEWS&QUERY=011b0c446c11:6206:164e61a7&RCN=29624)

### **KONFERENZ „WISSEN FÜR WACHSTUM – EUROPÄISCHE STRATEGIEN IN DER WELTWIRTSCHAFT“**

Im Mittelpunkt der ersten Veranstaltung der französischen EU-Ratspräsidentschaft zu den Themen Hochschulen und Forschung standen die Zukunftsfelder für die Wissenswirtschaft und Strategien für einen integrierten Ansatz von Innovationspolitik und Exzellenzförderung.

<http://www.ue2008.fr>

## **ERSTES EXPERTENTREFFEN ZUM EUROPÄISCHEN JAHR DER KREATIVITÄT UND INNOVATION**

Das erste Treffen der nationalen Experten zur Umsetzung des Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation 2009 (EYCI 2009) definierte die Entwicklung einer „evidence based policy“ für Kreativität und Innovation als Ziel.

[http://www.europa-foerdert-kultur.info/fs\\_hpt.php?&nav1=aktuelles+&nav2=aktuell02](http://www.europa-foerdert-kultur.info/fs_hpt.php?&nav1=aktuelles+&nav2=aktuell02)

## **EUROGLOBE CALL GESTARTET: KULTUR ZUM VERSTÄNDNIS EUROPAS**

Die Kommission ruft zu Projektanträgen im Rahmen von „EUROGLOBE 2008 – Die Kultur im Dienste der Debatte über Europa“ auf. Sie will bis zu einer Mio. EUR Finanzhilfen für Kulturveranstaltungen zur Verbesserung der paneuropäischen Kommunikation ausloben.

[HTTP://EC.EUROPA.EU/DGS/COMMUNICATION/GRANTS/INDEX\\_DE.HTM](HTTP://EC.EUROPA.EU/DGS/COMMUNICATION/GRANTS/INDEX_DE.HTM)

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

## **FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUGV**

Im Bereich Umwelt sollen vor allem die Fragen des Klimawandels, die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen und die Vermeidung von Umweltverschmutzung und -risiken den Schwerpunkt der Arbeit bilden. Als Hauptpriorität ist dabei der Kampf gegen den Klimawandel anzusehen.

Im Gesundheitsbereich soll insgesamt ein hohes Gesundheitsniveau für alle Bürger erreicht werden. Höchste Priorität soll dabei u. a. der Arbeit an der Richtlinie über Patientenrechte bei der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung eingeräumt werden.

Im Bereich des Verbraucherschutzes beabsichtigt der Vorsitz unter der Maxime „Ein Europa als Garant der Interessen seiner Unternehmen und Verbraucher“ den Rechtsbestand zum Verbraucherschutz zu vereinfachen und kohärenter zu gestalten, um den Rahmen für den Verbraucherschutz und somit die Rechtssicherheit zu erhöhen.

## **PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 16. – 19.06.2008; ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 16. bis 19.06.2008 in Straßburg u. a. neue Verordnungen zu Lebensmittelzusatzstoffen, Aromen und Enzymen und

eine Richtlinie zur Einbeziehung des Flugverkehrs in das Treibhausgashandelssystem angenommen.

#### **TAGUNG DES INFORMELLEN RATES DER UMWELTMINISTER AM 03./04.07.2008 IN SAINT-CLOUD**

Am 3./4. Juli 2008 tagte der informelle Rat der Europäischen Union für Umwelt (Informeller Umwelt-Rat) in Saint-Cloud bei Paris. Schwerpunkte waren dabei die Behandlung des Klima- und Energiepakets und Grundsatzfragen zur Zulassung gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Eine Entscheidung zur GVO-Thematik soll bereits auf dem Herbstgipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs getroffen werden.

#### **KONSULTATION ZU GESUNDHEITSRISIKEN DURCH LÄRM VON MUSIKSPIELGERÄTEN**

Am 27. Juni 2008 hat der Ausschuss „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) im Auftrag der Kommission seinen vorläufigen Bericht zu möglichen Gesundheitsrisiken durch Lärm von Musikspielgeräten und Handys mit Musikspielfunktion veröffentlicht. Zu den Aussagen des vorläufigen Berichtes kann nun im Rahmen einer Online-Konsultation bis zum 27.08.2008 Stellung genommen werden.

Vorläufiger SCENIHR-Bericht:

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_risk/committees/04\\_scenihhr/docs/scenihhr\\_o\\_017.pdf](http://ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/04_scenihhr/docs/scenihhr_o_017.pdf)

Zur Konsultation:

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_risk/committees/04\\_scenihhr/scenihhr\\_cons\\_08\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/04_scenihhr/scenihhr_cons_08_en.htm)

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

#### **FRANZÖSISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH IUK- UND MEDIENPOLITIK**

Im Bereich Telekommunikationspolitik wird Frankreich ein besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der Infrastruktur bei der Breitbandversorgung richten, darüber hinaus strebt sie bei der Reform des Rechtsrahmens für die elektronische Kommunikation („TK-Paket“) eine politische Einigung im Rat der Telekommunikationsminister im November an. Im Bereich der Audiovisuellen Politik wird der Schwerpunkt auf kreativen Online-Inhalte liegen und hier auf der besseren Vernetzung von Kreativindustrie und sonstigen Wirtschaftsbereichen, insbesondere der Telekommunikationsindustrie.

## **TK-PAKET IM INDUSTRIEAUSSCHUSS DES EU-PARLAMENTS: NATIONALE REGULIERUNGSBEHÖRDEN GESTÄRKT – MANAGEMENT FÜR RUNDFUNKFREQUENZEN WEITER LÄNDERHOHEIT**

Bei der Abstimmung zur Reform des Rechtsrahmens für die elektronische Kommunikation („TK-Paket“) in Straßburg am 07. Juli 2008 lehnte der Ausschuss des Europäischen Parlaments (ITRE) den Vorschlag von Medienkommissarin Viviane Reding, eine europäische Aufsichtsbehörde über die nationalen Regulierungsbehörden zu schaffen ab, stattdessen soll eine verstärkte institutionalisierte Zusammenarbeit der nationalen Regulierungsbehörden eingeführt werden. Außerdem bleibt die Verwaltung der Frequenzen weiter in der Hand der Mitgliedstaaten.

Pressemeldung des Parlaments:

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/058-33580-189-07-28-909-20080707IPR33578-07-07-2008-2008-false/default\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/058-33580-189-07-28-909-20080707IPR33578-07-07-2008-2008-false/default_en.htm)

## **BREITBANDBEIHILFE VON KOMMISSION GENEHMIGT**

Die Kommission segnete die Förderung des Ausbaus von Breitbandnetzen im deutschen Bundesgebiet durch staatliche Mittel in Höhe von 141 Mio € ab. Beihilfen seien für private Anbieter gerade in wirtschaftlich unattraktiveren Gebieten erforderlich, um einen intensiven Wettbewerb am deutschen Breitbandmarkt zu gewährleisten. Damit ist im Wesentlichen der Weg frei für die bayerische Breitbandförderung im Rahmen der Breitband-Initiative Bayern.

Pressemitteilung zur Breitbandbeihilfen-Entscheidung:

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_de.htm)

Pressartikel zum selben Thema:

<http://www.portel.de/nc/nachricht/artikel/19573-eu-billigt-141-mio-eur-beihilfe-fuer-breitband-in-deutschland-dj/12/>

## **KOMMISSION STELLT STRATEGIEN FÜR NEXT GENERATION ACCESS NETWORKS (NGAN) VOR**

Die Kommission will private Unternehmen zu Investitionen in die Netzwerke der nächsten Generation ermutigen. Nach Auffassung von EU-Medienkommissarin Viviane Reding könnte dies durch die Gewährung einer Risikoprämie in Höhe von ca. 15 % geschehen. Hierdurch würde ein Anreiz für die Investition in die Highspeed-Internet-Infrastruktur geschaffen. Wie die öffentliche

Bezuschussung gestaltet werden soll und wer auf dem privaten Sektor die Kostenlast tragen soll, ist jedoch noch unklar.

Pressemeldung zu den Kommissionsplänen:

<http://mobile.euractiv.com/de/informationsgesellschaft/mobile?Ref=mobile>

### **VIVIANE REDING FORDERT SENKUNG DER MOBILFUNKTARIFE UM 70 %**

EU-Medienkommissarin Viviane Reding regt an, die Mobilfunktarife europaweit um 70 % zu senken. Dieses Ziel könne durch Ermäßigung der Terminierungsentgelte (Mobile Termination Rates - MTR) erreicht werden. Diese Terminierungsentgelte sind die Gebühren, die der Netzbetreiber eines angerufenen Kunden dem Netzbetreiber des Anrufers auf der Vorleistungsebene für die Zustellung eines Anrufs in Rechnung stellt. Sie sind Bestandteil jeder Telefonrechnung und werden letztlich vom Verbraucher bezahlt. Im Oktober werde Reding, so kündigte sie an, eine Empfehlung vorlegen, worin eine Orientierung der Terminierungsgebühren an objektiven Kriterien und an real entstehenden Kosten festgesetzt wird. Darüber hinaus plant Reding eine Senkung der Roamingpreise für SMS und andere Mobilfunkdatendienste - notfalls per Legislativakt.

Pressemitteilung der zum Thema:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1016&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **HOHE PREISE UND MANGELNDE TRANSPARENZ SCHÜREN ÄNGSTE BEI DATEN-ROAMING-KUNDEN**

Nach einer von der Kommission bei Connect2Roam in Auftrag gegebenen Studie über das Kundenverhalten in der EU, steigt die Nutzung von mobilen Datendiensten schneller an, als die Nutzung von grenzübergreifenden Daten-Roaming Diensten. Medienkommissarin Viviane Reding sieht den wichtigsten Grund für den geringen Nutzungsumfang des Daten-Roamings in der Preispolitik der Anbieter und der Angst vor unvorausehbaren Rechnungsbeträgen.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item\\_id=3895](http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=3895)

Bericht im Internet-Fachorgan „The Register“:

[http://www.theregister.co.uk/2008/02/11/reding\\_data\\_roaming\\_deadline/](http://www.theregister.co.uk/2008/02/11/reding_data_roaming_deadline/)